

Die Neue Entwicklungspolitik Japans

Bernhard May (1)

Die neue Entwicklungspolitik Japans hat im Jahre 1977 begonnen. Damals beschloß die japanische Regierung, die Entwicklungshilfe innerhalb von drei Jahren zu verdoppeln. In den achtziger Jahren wurden drei weitere 'Verdopplungs-Pläne' verabschiedet. Handelt es sich dabei nur um die Fortführung der vorherigen Politik auf einem quantitativ wesentlich höherem Niveau? Oder kann von einer 'neuen' Politik Japans gegenüber den Entwicklungsländern gesprochen werden? War diese neue Entwicklungspolitik global oder regional ausgerichtet? Gab es neben den quantitativen auch wesentliche qualitative Veränderungen? Mit seiner im Jahre 1977 eingeleiteten neuen Entwicklungspolitik hat es Japan geschafft, die Vereinigten Staaten zu überrunden und zum größten Geberstaat von Entwicklungshilfe zu werden. Eine Entwicklung ohne Beispiel, denn noch bis Mitte der sechziger Jahre erhielt Japan Entwicklungshilfe, zum Beispiel von der Weltbank.

Zur Geschichte der japanischen Entwicklungspolitik

Japans entwicklungspolitische Aktivitäten in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg können grob in vier Phasen eingeteilt werden. Diese vier Phasen lassen sich inhaltlich unterscheiden, wenngleich sie sich zeitlich überlappen. So hat Japan in den fünfziger Jahren, der ersten Phase, vor allem Reparationszahlungen an asiatische Nachbarstaaten geleistet. Die zweite Phase von Ende der fünfziger bis Anfang der siebziger Jahre war gekennzeichnet durch Entwicklungshilfeleistungen an asiatische Nachbarstaaten; diese Leistungen waren überwiegend an japanische Warenlieferungen gebunden und dienten deshalb insbesondere dem Export japanischer Produkte.

In den siebziger Jahren, der dritten Phase, hat Japan dann seine Entwicklungshilfeleistungen mehr auf rohstoffreiche Länder konzentriert sowie auf Länder, die für das neue Phänomen der ökonomischen Interdependenzen von besonderer Bedeutung waren. Die vierte und bisher letzte Phase wurde von der japanischen Regierung im Jahre 1977 eingeleitet, als sie beschloß, die japanische Entwicklungspolitik nach Inhalt, Form und

Volumen wesentlich abzuändern.(2) Diese vierte Phase der japanischen Entwicklungspolitik soll in diesem Beitrag beschrieben und untersucht werden. Zur Einordnung und Bewertung ist es jedoch wichtig, einige kurze Ausführungen zu den ersten drei Phasen zu machen.

Im August 1945 war auch für Japan der Zweite Weltkrieg beendet. Japan war zerstört, es mußte eine totale Niederlage hinnehmen und sein ehemaliger Macht- und Einflußbereich in Ost- und Südost-Asien war zusammengebrochen. Von 1945 bis 1952 hat dann die amerikanische Besatzungsmacht prägend in das gesellschaftliche und politische Leben Japans eingegriffen. So haben die Amerikaner bei der Ausarbeitung und Verabschiedung der neuen japanischen Verfassung von 1947 entscheidend daran mitgewirkt, daß in der pazifischen Präambel und insbesondere im Artikel 9 - dem sog. Kriegsverzichts-Artikel, wo Japan auf die Unterhaltung jedweder Mittel zur Kriegsführung verzichtet - die Weichen für ein neues, friedliches Japan gestellt wurden.(3)

Japans Wiedergutmachung

Im Friedensvertrag von San Francisco vom September 1951 ging Japan die Verpflichtung ein, die Schadensansprüche jener Länder zu akzeptieren, deren Gebiet ganz oder teilweise von japanischen Truppen besetzt war, und Wiedergutmachung zu leisten. Der Friedensvertrag sah zwar einen vollständigen Schadensersatz vor, es wurde jedoch auch die Leistungsfähigkeit der japanischen Wirtschaft berücksichtigt. Ferner bestimmte der Vertrag die Art der Reparationszahlungen, nämlich Sach- und Dienstleistungen; demgegenüber wurden weder das Volumen der Reparationen noch die Anteile für die betroffenen Länder festgelegt.(4)

Japan verfolgte bei der Frage der Reparationszahlungen politische und ökonomische Zielsetzungen. So ging es Japan vor allem um den Wiedereintritt in die internationale Staatengemeinschaft; ferner wollte Japan möglichst schnell seine Souveränität zurückerlangen; weiterhin ging es um die Errichtung diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und seinen Nachbarländern.

Im April 1977 hat Japan seine letzte Reparationszahlung geleistet und damit innerhalb von 22 Jahren insgesamt Wiedergutmachung in Höhe von etwa 1.300 Mio. US-Dollar erbracht. Aus heutiger Sicht ist dies eine bescheidene Wiedergutmachung. Man sollte dabei jedoch nicht vergessen, daß Japan damals noch ein relativ armes Entwicklungsland war. So belief

sich das japanische Pro-Kopf-Einkommen im Jahre 1950 auf nur 180 US-Dollar; bis zum Jahre 1958 hatte es sich dann allerdings schon verdoppelt.

Insgesamt können - so Alexander CALDWELL - die japanischen Bemühungen um Wiedergutmachung als sehr erfolgreich bezeichnet werden.(5) Für die japanische Wirtschaft war es eine große Hilfe, denn diese Reparationen waren an japanische Warenlieferungen gebunden. Damit wurde nicht nur der wirtschaftliche Wiederaufstieg Japans unterstützt, sondern es wurden neue Absatzmärkte erschlossen, die Empfängerstaaten von Reparationen wurden an japanische Produkte gewöhnt, es wurden Geschäftsverbindungen geschlossen und insgesamt der Grundstein für die zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen gelegt. In politischer Hinsicht half es Japan, in die Staatengemeinschaft zurückzukehren; so ist Japan im August 1952 der Weltbank und dem Währungsfonds, im September 1955 dem GATT und schließlich im Dezember 1956 den Vereinten Nationen beigetreten. Weiterhin waren die Reparationen von großer Bedeutung im Hinblick auf einen Neubeginn der politischen Beziehungen zu den asiatischen Nachbarstaaten; zu einer Aussöhnung mit den Völkern dieser Länder kam es jedoch in vielen Fällen bis heute nicht.

Handel und Entwicklungshilfe

Japan hat Ende der fünfziger Jahre seine Entwicklungshilfe in geographischer und qualitativer Hinsicht ausgeweitet. So erhielt Indien im Februar 1958 den ersten zinsgünstigen Yen-Kredit, und zwar in Höhe von 50 Mio. US-Dollar. Damit hat Japan eine neue Region in seine Entwicklungshilfe einbezogen und gleichzeitig ein neues Entwicklungshilfe-Instrument eingeführt, nämlich den Yen-Kredit. In den sechziger Jahren kamen neue Kontinente und neue Instrumente hinzu. So erhielt Brasilien im Jahre 1961 als erstes lateinamerikanisches Land einen Yen-Kredit in Höhe von 17 Mio. US-Dollar; und Uganda war das erste afrikanische Land, dem Japan 1966 einen Yen-Kredit in Höhe von 4 Mio. US-Dollar gewährt hat.(6) Schließlich hat Japan im Jahre 1968 das Instrument der Kapitalhilfe eingeführt, und zwar erhielt Laos die erste Kapitalschenkung.(7)

Eine Hauptproblem der japanischen Entwicklungspolitik der sechziger Jahre bestand darin, daß die Entwicklungshilfe weniger an den Bedürfnissen der Empfängerländer, sondern überwiegend an Japans Exportinteressen ausgerichtet war. Zumindest zu Beginn dieses Jahrzehntes hat Japan

die Entwicklungshilfe ganz bewußt als ein Instrument für die Außenwirtschafts- und Strukturpolitik eingesetzt. Hierfür ist der "Einkommensverdopplungsplan" (Zeitraum: 1961-1970) ein gutes Beispiel: In diesem Plan war die Steigerung der Exporte durch die Entwicklungshilfe als einer von fünf Schwerpunkten vorgesehen. Erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre hat Japan seine Entwicklungshilfe quantitativ ausgeweitet und qualitativ verbessert; eine grundlegende Neuausrichtung erfolgte jedoch nicht.

Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Sicherheit

Anfang der siebziger Jahre haben eine Reihe von Entwicklungen und Ereignissen Japan ganz deutlich vor Augen geführt, daß es in vielfacher Hinsicht von anderen Staaten abhängig ist. So hat Präsident Nixon die Japaner im Sommer 1971 gleich zweimal 'geschockt'. Am 15. Juli 1971 hat die amerikanische Regierung verkündet, daß sie ihre Politik gegenüber China grundsätzlich abändern und auf einen Ausgleich mit China hinarbeiten würde. Japan wurde davon nicht unterrichtet, sondern war von dieser Entwicklung völlig überrascht worden. Eine neue amerikanische China-Politik mußte zu grundlegenden Auswirkungen im asiatischen Raum führen, der für Japan von so großer Bedeutung ist. Die Ankündigung einer neuen amerikanischen China-Politik haben die Japaner deshalb als "Nixon-Schock" bezeichnet.(8)

Einen Monat später folgte für die Japaner am 15. August 1971 der zweite "Nixon-Schock": Die amerikanische Regierung verkündete eine neue Wirtschaftspolitik, die unter anderem die Konvertibilität von US-Dollars in Gold aufhob und Einfuhren in die USA mit einer Sondersteuer von zehn Prozent belegte. Beide Maßnahmen haben Japan hart getroffen: Zum einen wurden japanische Exporte in die USA erschwert; und zweitens hat die Aufhebung der Konvertibilität das bis dahin gültige Bretton-Woods-System mit festen Wechselkursen zusammenbrechen lassen, was dann im Falle Japans zu einer rapiden Aufwertung des Yen führte.(9)

Zu einer Krisensituation bislang unbekanntes Ausmaßes kam es im Herbst 1973, als im Gefolge des Oktoberkrieges die arabischen ölexportierenden Länder einen Erdöllieferboykott androhten. Japan wurde von den OPEC-Staaten als "unfreundliche" Nation eingestuft und wäre deshalb unter eine totale Liefersperre gefallen. Der Hauptgrund für diese Einstufung bestand in Japans engen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.(10) Angesichts dieser für die wirtschaftliche Entwicklung Japans äus-

serst bedrohlichen Situation, hat die japanische Regierung sofort reagiert und Schritte unternommen, um die Beziehungen zu den Staaten im Mittleren Osten zu verbessern.

Der angedrohte OPEC-Ölboycott sowie die dann folgende weltweite Energiekrise mit ihren wirtschaftlichen Auswirkungen hat den Japanern auf deutliche und schmerzliche Weise die Abhängigkeit und Verwundbarkeit ihrer Wirtschaft von Entwicklungen außerhalb Japans vor Augen geführt. In dieser dritten Phase wurde von der japanischen Regierung die Entwicklungshilfe erhöht, qualitativ verbessert und geographisch neu aufgeteilt. Entwicklungshilfe wurde zu einem festen Bestandteil und zu einem wichtigen Instrument der japanischen Außenpolitik.

Volumen und Aufteilung der Entwicklungshilfe

Japans öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) hat sich im Zeitraum von 1960 bis 1977 verzehnfacht, und zwar von 145 auf 1.425 Mio. US-Dollar. Der für ODA aufgewendete BSP-Anteil ist in diesen Jahren von 0,24 auf 0,32 Prozent angestiegen, um dann wieder auf 0,21 Prozent im Jahre 1977 abzusinken. In absoluten Angaben wurde Japan damit zu einem gewichtigen Geberstaat in der Gruppe der DAC-Länder, in relativen Angaben blieb sein BSP-Anteil jedoch stets unter dem DAC-Durchschnitt. Dabei gilt es jedoch zu berücksichtigen, daß Japan noch 1969 mit einem BSP pro Kopf von 1.630 US-Dollar auf dem 14. Platz unter den 16 DAC-Ländern stand.

Bereits mit den Reparationsbezahlungen an seine asiatischen Nachbarstaaten hat sich Japan einen regionalen Schwerpunkt gegeben, den es dann auch bei der Entwicklungshilfe beibehalten hat. So gingen in den sechziger Jahren bis zu 100 Prozent der japanischen Entwicklungshilfe an Staaten in Asien; der Anteil schwankte zwischen 96 und 100 Prozent. Dies änderte sich erst in den siebziger Jahren: Der Anteil Asiens ging auf bis zu 60 Prozent im Jahre 1977 zurück; im gleichen Jahre erhielt die Region Mittlerer Osten über 12 Prozent, der Anteil afrikanischer Staaten stieg auf 17 Prozent und jener von Lateinamerika auf etwa 9 Prozent.(11)

Eine neue Entwicklungspolitik

Im Juni 1977 hat die japanische Regierung angekündigt, die staatliche Entwicklungshilfe (ODA) Japans innerhalb von fünf Jahren zu verdop-

peln. Damit war der erste Schritt in Richtung auf eine neue Entwicklungspolitik Japans getan. Zwei Monate später hat Ministerpräsident Takeo FUKUDA fünf ASEAN-Staaten und Burma besucht und dabei im August 1977 in Manila die nach ihm benannte "Fukuda-Doktrin" verkündet, die Japans Politik gegenüber Südost-Asien zusammenfaßte.⁽¹²⁾ Gleichzeitig versprach FUKUDA den ASEAN-Staaten zusätzliche Entwicklungshilfe in Höhe von einer Milliarde US-Dollar. Im Rahmen der Vorbereitungen für den Weltwirtschafts-Gipfel im Mai 1978 in Bonn hat die Fukuda-Regierung den Zeitplan für die Verdopplung der Entwicklungshilfe von fünf auf drei Jahre verkürzt. Auf diesen 'beschleunigten' Verdopplungsplan hat sich FUKUDA dann in Bonn beim Gipfel festgelegt. Diese Initiative war ein wichtiger Teil eines Paketes, das die japanische Regierung beim Gipfel in Bonn vorlegte und mit dem es Japans vergrößerte Bereitschaft demonstrieren wollte, eine wichtigere Rolle beim internationalen 'burden sharing' zu übernehmen.

Die Verdoppelung der Entwicklungshilfe wurde zu einem Zeitpunkt beschlossen, als die japanische Regierung energisch daran ging, das Defizit im Haushalt mit Hilfe von Ausgabenkürzungen zu verkleinern. In diesen Jahren wurden deshalb nur die Entwicklungshilfe- und die Verteidigungsausgaben jährlich erhöht, und zwar die Entwicklungshilfe jeweils etwas mehr als der Verteidigungshaushalt. Die anderen Ausgaben im Haushalt wurden entweder festgeschrieben oder sie wurden sogar gekürzt.

Im Januar 1981 hat die japanische Regierung unter Ministerpräsident Zenko SUZUKI einen zweiten Plan zur Verdopplung der japanischen Entwicklungshilfe in den Jahren 1981-1985 vorgestellt. Als Basis wurden die Ausgaben in US-Dollar in den Jahren 1976-1980 herangezogen - dies waren 10,7 Mrd. US-Dollar - und dementsprechend eine Verdoppelung auf 21,4 Mrd. US-Dollar bis Ende 1985 beschlossen. Die tatsächlichen Ausgaben für Entwicklungshilfe betragen dann aber nur 18 Mrd. US-Dollar; das Ziel einer Verdoppelung konnte nur zu 85 Prozent erreicht werden.

Ein Grundsatzbeschluß zur Fortführung dieser Politik der hohen Zuwächse der Entwicklungshilfe wurde von der japanischen Regierung im April 1985 gefaßt. Der daraufhin ausgearbeitete dritte Plan zur Verdoppelung der japanischen Entwicklungshilfe in den Jahren 1986-1992 konnte am 18. September 1985 verabschiedet werden. Dieser dritte Verdopplungsplan bestand aus mehreren Elementen: a) in einem Zeitraum von sieben Jahren wollte Japan über 40 Mrd. US-Dollar für Entwicklungshilfe aufwenden; b) die Entwicklungshilfe des Jahres 1985 sollte bis zum Jahre

1992 verdoppelt werden, und zwar durch eine Ausweitung der Schenkungen und der technischen Zusammenarbeit sowie eine erhöhte multilaterale Entwicklungshilfe; und c) Japan wollte seine erhöhte Entwicklungshilfe für eine wirksame Unterstützung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen in den Empfängerländern einsetzen.(13) Im Frühjahr 1987 hat die japanische Regierung beschlossen, den dritten Verdoppelungsplan in fünf statt in sieben Jahren durchzuführen.

Im Rahmen der Vorbereitungen des Weltwirtschaftsgipfels in Toronto hat die japanische Regierung Mitte Juni 1988 den vierten Verdopplungsplan für die Jahre 1988 bis 1992 vorgestellt: Japan hat sich zum Ziel gesetzt, in diesen fünf Jahren die Entwicklungshilfe der vergangenen Jahre (1983-87) zu verdoppeln und mehr als 50 Mrd. US-Dollar für Entwicklungshilfe aufzuwenden; weiterhin will Japan sich bemühen, seinen BSP-Anteil für Entwicklungshilfe zu erhöhen und bis 1992 den Durchschnitt der DAC-Staaten zu erreichen, konkret würde dies eine Steigerung von 0,31 auf 0,35 Prozent des BSPs bedeuten; drittens will Japan die Qualität seiner Entwicklungshilfe weiter verbessern; und schließlich will Japan seine Unterstützung für internationale Organisationen und MDBs verstärken.(14)

Japan hat den ersten Verdoppelungsplan für die Jahre 1978 bis 1980 übererfüllt. Der zweite Plan für die Jahre 1981 bis 1985 mit einem Volumen von 21,4 Mrd. US-Dollar konnte nur zu 85 Prozent durchgesetzt werden. Beim dritten Verdopplungsplan für die Jahre 1986 bis 1990 mit einem Volumen von 40 Mrd. US-Dollar dürfte es Japan aufgrund der Yen-Aufwertung leicht fallen, das gesteckte Ziel zu erreichen.(15) Mit dem vierten Verdopplungsplan hat Japan eine weitere Ausweitung seiner Entwicklungshilfe beschlossen. Tritt keine wesentliche Änderung bei der Entwicklungspolitik der USA ein, so wird Japan in den kommenden Jahren seine Position als größter Geberstaat von Entwicklungshilfe in der Welt behalten und in den neunziger Jahren weiter ausbauen. Trotz der Vervielfachung seiner Entwicklungshilfe leistet Japan gemessen am BSP immer noch weit weniger Entwicklungshilfe als der Durchschnitt der OECD-Staaten: der japanische Anteil sank sogar von 0,34 Prozent Anfang der 80er Jahre auf 0,29 Prozent; im Jahre 1987 hat Japan 0,31 Prozent seines BSPs für Entwicklungshilfe aufgewendet.(16) Dabei sollte man jedoch nicht vergessen, daß es die absoluten Beträge sind, die an die Entwicklungsländer fließen.

Vom Regionalismus zum Globalismus?

Welche Staaten haben nun diese Milliarden-Beträge an japanischer Entwicklungshilfe erhalten? Kann von einer globalen Entwicklungshilfe Japans gesprochen werden? Aus historischen, geographischen, ökonomischen und politischen Gründen hat Japan stets den Großteil seiner bilateralen Entwicklungshilfe an Staaten in Asien vergeben. In den sechziger Jahren gingen bis zu 100 Prozent an einige wenige asiatische Staaten. Dies hat sich zwar geändert, doch hat Japan auch während der vierten Phase seine bilaterale Entwicklungshilfe nach der "70-10-10-10-Formel" vergeben: Mit einem Anteil von 70 Prozent stellte Asien eindeutig den regionalen Schwerpunkt dar; auf lateinamerikanische Staaten sowie auf Staaten in Afrika und Staaten im Mittleren Osten entfielen jeweils rund 10 Prozent der Entwicklungshilfe Japans.

Bei der Liste der zehn größten Empfängerländer von japanischer Entwicklungshilfe hat sich in den vergangenen zehn Jahren keine grundsätzliche Veränderung ergeben. Der regionale Schwerpunkt Asien wird klar wiedergespiegelt: neun der zehn sind asiatische Staaten; die Ausnahme ist Ägypten. Es gab jedoch einige wichtige Veränderungen innerhalb der Gruppe der asiatischen Staaten. So ist China seit 1982 die Nummer 1 auf dieser Liste und hat Indonesien verdrängt. China erhielt bis zu 16 Prozent der bilateralen ODA Japans; Indonesiens Anteil hat sich absolut und relativ halbiert. Auf Platz zwei mit einem Anteil von bis zu 10 Prozent ist Thailand aufgestiegen, gefolgt von den Philippinen (9%), Indonesien (6%), Burma (6%), Malaysia (5%), Bangladesh (5%), Pakistan (4%) und Sri Lanka mit 3 Prozent; auf Platz zehn folgt dann Ägypten mit knapp 3 Prozent. Diese neun asiatischen Staaten erhalten fast 65 Prozent von Japans Entwicklungshilfe.(17)

Werden die Empfängerländer nicht nach Regionen, sondern nach Einkommensklassen geordnet, dann zeigt sich, daß Japan fast 80 Prozent seiner Entwicklungshilfe an zwei Gruppen vergibt, nämlich um die 45 Prozent an LICs (LIC: Low Income Country; BSP pro Kopf von weniger als 700 US-Dollar) und weitere fast 35 Prozent an MICs (MIC: Middle Income Country; BSP pro Kopf ist höher als 700 US-Dollar). An die LLDCs (LLDC: Least Developed Country), die ärmsten Entwicklungsländer, gehen zwischen 12 und 14 Prozent; und schließlich erhalten die NICs (NIC: Newly Industrializing Country) etwa drei Prozent der Entwicklungshilfe Japans.(18)

Kann nach all diesen graduellen Veränderungen bei der geographi-

schen Aufteilung der ODA von einer globalen Entwicklungshilfepolitik Japans gesprochen werden? Die Antwort hängt davon ab, ob nur die geographische oder auch die quantitative Aufteilung der japanischen bilateralen Entwicklungshilfe berücksichtigt wird. So erhalten mittlerweile 117 Staaten in fünf Regionen japanische Entwicklungshilfe; dies sind mehr Staaten als im jährlichen Weltentwicklungsbericht der Weltbank als Entwicklungsländer aufgeführt sind. Andererseits erhalten 16 asiatische Staaten rund 70 Prozent der Entwicklungshilfe Japans, während 15 Staaten im Mittleren Osten sowie 50 Staaten in Afrika und 28 Staaten in Latein-Amerika jeweils rund 10 Prozent zugesprochen bekommen; ferner entfällt auf acht Staaten in Ozeanien etwa ein Prozent der ODA Japans.(19)

Insgesamt kann festgestellt werden: Gemessen an der Zahl der Staaten, die japanische ODA erhalten, betreibt Japan ohne Zweifel eine globale Entwicklungspolitik. Japan unterstützt 117 Entwicklungsländer - mehr als jeder andere Geberstaat. In dieser Hinsicht wurde die japanische Entwicklungspolitik in der vierten Phase global ausgerichtet und umfaßt nun fast alle Entwicklungsländer. Keine - oder kaum nennenswerte technische - Entwicklungshilfe erhalten (vor allem aus politischen Gründen) neun Staaten, und zwar Kambodscha, Laos, Vietnam, Afghanistan, Äthiopien, Angola, Libyen, Kuba und Nicaragua.

Andererseits stellt Asien immer noch den zentralen regionalen Schwerpunkt der japanischen ODA-Politik dar - und dies wird sich auf absehbare Zeit nicht ändern. Nur sechs Staaten in Ostasien erhalten über 50 Prozent der Entwicklungshilfe Japans. Japan hatte seine bilaterale ODA immer auf Asien konzentriert. Und im Vergleich mit anderen DAC-Staaten stellt Japan keine extreme Ausnahme dar. So gehen 30 Prozent der amerikanischen Entwicklungshilfe an nur drei Staaten, nämlich Israel, Ägypten und die Türkei. Rund 70 Prozent der britischen Entwicklungshilfe erhalten Commonwealth-Staaten. Frankreich unterstützt fast ausschließlich französisch-sprechende Staaten in Afrika. Belgien konzentriert sich auf Zaire. Der regionale Schwerpunkt Australiens ist Ozeanien. Und Schweden hat sogar eine offizielle Politik, nur 17 Staaten Entwicklungshilfe zukommen zu lassen.

Vergabebedingungen und Instrumente

Wie alle anderen DAC-Staaten so vergibt auch Japan nur einen Teil seiner Entwicklungshilfe direkt - also als bilaterale Hilfe - an Entwicklungs-

länder und der andere Teil wird an Internationale Organisationen und multilaterale Entwicklungsbanken überwiesen; dies ist die multilaterale Entwicklungshilfe. Japan hat in den siebziger und achtziger Jahren stets einen wesentlichen Anteil seiner gesamten ODA als multilaterale Entwicklungshilfe vergeben. Der Anteil schwankte zwischen 22 und 44 Prozent in den achtziger Jahren.(20) Die Schwankungen sind auf unregelmäßige Zahlungen an multilaterale Entwicklungsbanken zurückzuführen und nicht auf Politikänderungen. Japans Anteil an multilateraler ODA lag stets über dem DAC-Durchschnitt.

Bei der bilateralen Entwicklungshilfe wird unterschieden zwischen Schenkungen (die sich zusammensetzen aus Finanz-Schenkungen und technischer Hilfe) und den Entwicklungs-Krediten. Die Zusammensetzung der bilateralen ODA und die Vergabebedingungen sagen etwas über die Philosophie eines Geberstaates und über den Grad der 'Hilfe' aus. Um eine gemeinsame Politik zu verfolgen, haben die DAC-Staaten 1972 Richtlinien zur Vergabe der Entwicklungshilfe erarbeitet, die 1978 überarbeitet und verschärft wurden. Danach sollte jedes DAC-Mitglied mindestens 86 Prozent (90 Prozent für die LLDCs) seiner ODA als Schenkung vergeben.(21) Bei der jährlichen Überprüfung und Bewertung der ODA-Politik der Mitgliederstaaten ist dies ein wichtiges Kriterium.

Von den 18 DAC-Staaten hat bisher nur Japan dieses Kriterium der "86 Prozent" noch nicht erfüllt; im Jahre 1985 gelang es Japan jedoch erstmals, das Ziel der 90 Prozent für die LLDCs zu erreichen. Ein weiteres Kriterium ist die Aufteilung zwischen Schenkungen und Krediten. Auch hierbei schneidet Japan nicht gut ab: Während im Durchschnitt die DAC-Staaten über 80 Prozent ihrer ODA als Schenkung vergeben, liegt dieser Anteil im Falle Japans unter 50 Prozent; zudem sind die Bedingungen der japanischen Entwicklungs-Kredite etwas härter als im DAC-Durchschnitt.

Demgegenüber schneidet Japan beim Kriterium der 'gebundenen' ODA besser ab als der DAC-Durchschnitt. Japan hat in den siebziger Jahren seine Politik wesentlich geändert und ODA verstärkt ungebunden vergeben. Seit April 1978 verfolgt Japan sogar den Grundsatz, Entwicklungs-Kredite nur noch ungebunden zu vergeben. Dementsprechend stieg der Anteil der ungebundenen und 'teilweise ungebundenen' (diese Mittel können in Japan und in allen Entwicklungsländern ausgegeben werden) Entwicklungshilfe stetig an. So sank der Anteil der gebundenen ODA auf 12 Prozent in manchen Jahren, während bis zu 75 Prozent als ungebundene Entwicklungshilfe vergeben wurden.(22)

Neben diesen finanziellen Kriterien ist von Bedeutung, wie Entwicklungshilfe vergeben wird - also mit Hilfe welcher Instrumente und für welche Sektoren. Wie bereits erwähnt, haben zwar die Finanzschenkungen und die technische Hilfe - also die Entwicklungshilfe, die für japanische Experten und Entwicklungshelfer sowie für die Ausbildung Jugendlicher aus Entwicklungsländern in Japan aufgewendet wird - in den achtziger Jahren zugenommen, aber Japan vergibt immer noch über die Hälfte seiner ODA als Entwicklungskredite, und zwar den überwiegenden Anteil (bis zu 90 Prozent) zur Finanzierung von Projekten sowie bis zu 15 Prozent zur Finanzierung von dringend benötigten Einfuhren in Entwicklungsländern; ferner wurden in den achtziger Jahren bis zu 5 Prozent zur Finanzierung von Umschuldungen verwendet. Bei den Finanzschenkungen entfiel in den achtziger Jahren ein zunehmender Anteil auf die Nahrungsmittel-Hilfe Japans.

Bei der Vergabe der bilateralen Entwicklungshilfe hat Japan in den achtziger Jahren versucht, neue sektorale Schwerpunkte zu setzen. So wurden die Mittel für Infrastruktur-Maßnahmen und den öffentlichen Sektor - dies war immer Japans entwicklungspolitischer Schwerpunkt - um ein Fünftel und mehr gekürzt, während gleichzeitig die Entwicklungshilfe für Projekte im Landwirtschaftsbereich sowie zur Entwicklung der ländlichen Regionen, zur Entwicklung der 'human resources' und zur Verbesserung der medizinischen Versorgung fast verdoppelt wurden; dies ist der zweite Schwerpunkt japanischer Entwicklungspolitik. Auf Energieprojekte entfielen bis zu einem Viertel der ODA Japans, während speziell für den Bereich Ausbildung zwischen 5 und 8 Prozent aufgewendet wurden.

Die vierte Phase der japanischen Entwicklungspolitik brachte wesentliche Veränderungen im Hinblick auf das Volumen und die regionale Aufteilung der ODA Japans. Demgegenüber wurden Abänderungen bei den Instrumenten der Entwicklungshilfe sowie bei den Vertragsbedingungen nur schrittweise, partiell und recht langsam vorgenommen. Dies mag auch daran gelegen haben, daß es einfacher ist, die Entwicklungshilfe zu erhöhen und an mehr Staaten zu verteilen, als die Qualität der ODA zu verbessern.

Ziele und Motive der neuen Entwicklungspolitik

Zur Begründung von Entwicklungshilfe lassen sich eine ganze Reihe von Argumenten anführen. Diese Ziele und Motive der Geberstaaten von Entwicklungshilfe können in drei Gruppen zusammengefaßt werden: Da

ist zum einen die Gewährung von Entwicklungshilfe aus humanitären und moralischen Motiven.(23) Diese Begründung beruht auf der Überlegung, daß die reichen Länder dieser Erde aus Gründen der internationalen Solidarität eine Verpflichtung hätten, den armen Länder zu helfen, ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu beschleunigen, um auf diese Weise eine gleichmäßige internationale Einkommensverteilung zu erhalten. Dieser humanitären Begründung von Entwicklungshilfe kommt natürlich abhängig von der Gesellschaft des Geberstaates eine recht unterschiedliche Bedeutung zu.

Die zweite Gruppe von Motiven ist ökonomischer Art. Hierbei geht es vor allem um die wirtschaftlichen Interessen des Geberstaates in den Beziehungen mit der Gruppe der Entwicklungsländer oder mit einzelnen Staaten. Im einzelnen geht es dabei um die Versorgung der Wirtschaft des Geberstaates mit Rohstoffen, da die Entwicklungsländer als Gruppe ein sehr wichtiger Lieferant von Rohstoffen sind. Auch diesem Argument kommt ein recht unterschiedliches Gewicht zu, und zwar sowohl bei den Geberstaaten als auch bei den Entwicklungsländern. Bei den ODA-Geberstaaten hängt die Bewertung dieses Arguments vom Grad der Importabhängigkeit bei Rohstoffen ab; und bei den Entwicklungsländern gilt es zu unterscheiden zwischen der Gruppe der rohstoffbesitzenden und rohstoff-exportierenden Staaten und andererseits der Gruppe der sogenannten "Habenichtse", die keine Rohstoffe besitzen, sondern sie ebenfalls einführen müssen. Ein weiteres ökonomisches Argument betrifft die Verwendung von Entwicklungshilfe zur Erschließung neuer Märkte in Entwicklungsländern. Ferner kann argumentiert werden, daß jede Hilfe zur Umstrukturierung der Wirtschaften der Entwicklungsländer im ökonomischen Interesse beider Seiten liegt.

Eine dritte Gruppe besteht aus politischen Motiven zur Begründung von Entwicklungshilfe. Oftmals wird das Argument der nationalen Sicherheit als das wichtigste aus dieser Gruppe hervorgehoben. Staaten helfen befreundeten Nationen in mannigfacher Weise - darunter mit Entwicklungshilfe -, um diesen zu helfen, sich gegen äußere - zum Teil aber auch innere - Feinde abzusichern. Diese Bedrohungen für das Entwicklungsland werden auch vom Geberstaat als Gefahr für seine nationale Sicherheit angesehen. Weiterhin wird Entwicklungshilfe von vielen Geberstaaten als ein sehr nützliches Hilfsmittel ihrer Außenpolitik eingesetzt. Ein drittes politisches Argument betrifft die Bemühungen der Geberstaaten, Entwicklungshilfe dafür einzusetzen, eine einflußreiche Stellung in der internationalen Konferenzdiplomatie zu erringen oder zu erhalten. Schließlich

besteht ein weiteres politisches Motiv zur Vergabe von Entwicklungshilfe darin, politischen Einfluß auf das Empfängerland auszuüben, um dessen politisches, wirtschaftliches und soziales System zu stabilisieren und in die gewünschte Richtung fortzuentwickeln.

Begründung der neuen Entwicklungspolitik

All diese Motive zur Vergabe von Entwicklungshilfe haben auch im Falle Japans im Zeitablauf, bei bestimmten Ländern oder Projekten und bei der Entscheidung über die Form der Entwicklungshilfe schon einmal eine Rolle gespielt. Wie wurde aber die neue Entwicklungspolitik begründet? Das japanische Außenministerium (MFA) hat im Jahre 1978 erstmals eine ausführliche Darstellung zur Problematik der Entwicklungshilfe und zur Politik Japans veröffentlicht. In dieser Publikation hat das MFA die Entwicklungshilfe in einen größeren politischen Rahmen eingeordnet und als die fünf wichtigsten Gründe angeführt: Herausforderungen der internationalen wirtschaftlichen Sicherheitsprobleme; Japans Verantwortung als Wirtschaftsmacht; wirtschaftliche Eigeninteressen; humanitäre Motive; schließlich noch die Notwendigkeit aufgrund diplomatischer Beziehungen.(24)

Im Jahre 1981 hat das MFA eine weitere Veröffentlichung mit grundsätzlichen Ausführungen zur japanischen Entwicklungshilfe und speziell zu seiner Begründung vorgelegt. Die Publikation trug den bezeichnenden Titel: 'Die Grundlagen für wirtschaftliche Zusammenarbeit: warum Entwicklungshilfe (ODA) geben?'. Das Außenministerium hat darin neben den üblichen Begründungen für Entwicklungshilfe vor allem vier spezielle Gründe für Japan behandelt.(25) Dies waren: Japans Sonderstellung als friedliebende Nation; Japans Verpflichtung als wirtschaftliche Macht; Japans hohe wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland; und viertens, Japans Verpflichtung aufgrund seiner Geschichte als einzige nicht-westliche Nation, die eine erfolgreiche Modernisierung durchgeführt hat. Japans Entwicklungshilfe sollte demnach einer umfassenden wirtschaftlichen Sicherheit dienen. Vor allem an Länder in strategisch wichtigen Gebieten sollte in Zukunft die japanische Entwicklungshilfe gehen.(26)

Anspruch und Realität

Wie andere Geberstaaten auch, so führt die japanische Regierung in ihren Erklärungen und Dokumenten ebenfalls eine Anzahl von Motiven und Zielen zur Begründung der Entwicklungshilfe an. Bei diesen Veröffentlichungen handelt es sich jedoch oftmals um Absichtserklärungen, die der Unterrichtung der Öffentlichkeit und des Auslandes dienen. Die Veröffentlichungen selber sind zum Teil Gegenstand und Instrument der politischen Diskussion. Es gilt deshalb zu unterscheiden zwischen wortreichen Erklärungen und der tatsächlichen Politik.

Für die japanische Regierung ist es in mancherlei Hinsicht schwerer als für die Regierungen anderer Geberstaaten, die Unterstützung für die Entwicklungshilfe des Staates zu erhalten, weil im Falle Japans die humanitäre Basis hierfür nicht vorhanden oder zu schwach ist. Dies liegt an der japanischen Gesellschaftsform verbunden mit der Geschichte Japans.⁽²⁷⁾ Zwar führt die japanische Regierung in all ihren Veröffentlichungen das humanitäre Motiv zur Begründung der japanischen Entwicklungshilfe an, doch sind humanitäre Gründe wohl nur bei der Vergabe von Nahrungsmittelhilfe oder der Zuteilung von Katastrophenhilfe von Bedeutung. Der Großteil der japanischen Entwicklungshilfe basiert nicht auf humanitären Überlegungen. Damit wird allerdings nichts darüber ausgesagt, ob diese Entwicklungshilfe am Ende nicht doch der Durchsetzung humanitärer Ziele in den Entwicklungsländern dienen.

Für Japans Entwicklungshilfe waren von Anfang an wirtschaftliche Interessen sehr wichtig. Abhängigkeit von Rohstoffeinfuhren und die damit zusammenhängende Notwendigkeit für vermehrte Exporte wurden auch zur Begründung von Japans neuer Entwicklungshilfe immer wieder angeführt. Da Japan kaum Rohstoffe besitzt, hängt sein Überleben als wirtschaftliche Supermacht jetzt mehr als je zuvor von Rohstoffeinfuhren ab; so wird zumindest von einigen Experten argumentiert. Doch die tatsächliche Bedeutung der Entwicklungshilfe für Japans Rohstoffeinfuhren sowie seine Ausfuhren wird oftmals überschätzt.

Insgesamt kann zu den ökonomischen Motiven und Zielen der japanischen Entwicklungshilfe gesagt werden, daß sie bei weitem nicht mehr so wichtig sind wie in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren, daß ihnen aber immer noch eine gewisse Bedeutung zukommt, insbesondere zur Sicherung der Rohstoffversorgung, zur Erschließung neuer Märkte und zur Verbesserung der Beziehungen wie dies insbesondere im Falle Chinas in den achtziger Jahren geschah.

Japans Entwicklungshilfe der vierten Phase wird von politischen Motiven bestimmt. Entwicklungshilfe wird von allem eingesetzt als ein Instrument der Außenpolitik und für die sogenannte 'comprehensive security' Japans; ferner soll mit dem Instrument Entwicklungshilfe Japans Ansehen und Prestige in der Welt aufgebessert werden. Die zwei wichtigsten ausenpolitischen Ziele Japans in den achtziger Jahren waren die Stärkung der Solidarität mit der westlichen Staatengemeinschaft sowie die Verbesserung und Intensivierung der Beziehungen mit den Staaten im asiatisch-pazifischen Raum. Für beide Ziele wurde Entwicklungshilfe als ein wichtiges und effektives Instrument eingesetzt.

Zwar waren die Beziehungen zu den westlichen Staaten geprägt von ungelösten Handelsfragen und sicherheitspolitischen Problemen, doch hat Japan die Entwicklungshilfe dafür eingesetzt, sein Ansehen aufzubessern und politischem Druck zu begegnen. Und für die Beziehungen zu den asiatischen Nachbarstaaten sowie zu den Entwicklungsländern in Afrika und Latein-Amerika war die Entwicklungshilfe für Japan von allergrößter Bedeutung. So war in den Beziehungen zu den 117 Staaten, die Entwicklungshilfe von Japan erhalten, die Entwicklungshilfe oftmals die einzige konkrete Verbindung, die dann auch prägend für die Beziehung war; jede Abänderung der Entwicklungshilfe mußte deshalb Auswirkungen auf die politischen Beziehungen zu Japan haben.

Asiatische Nachbarstaaten und Entwicklungshilfe

Auch vierzig Jahre nach der totalen Niederlage sind die Beziehungen Japans zu den asiatischen Nachbarstaaten noch geprägt von den historischen Belastungen. Im Falle der ASEAN-Staaten sind die Beziehungen zu Japan aus ökonomischen und politischen Gründen von größter Bedeutung; dies gilt umgekehrt auch für Japan.⁽²⁸⁾ Diese Qualität der Beziehungen wurde allerdings erst in den vergangenen zehn Jahren erreicht. Die sechs ASEAN-Staaten erhalten zusammen mehr als 30 Prozent der bilateralen Entwicklungshilfe Japans; dies sind jährlich fast 1,5 Mrd. US-Dollar. Damit ist Japan der größte Geberstaat für ASEAN. Die Entwicklungshilfe ist für Japan das gewichtigste und effektivste Instrument zur Verbesserung seiner ökonomischen und politischen Beziehungen zu den ASEAN-Staaten.

Im Falle Süd-Koreas kam Japan bisher am nächsten an das heran, was es offiziell nicht geben darf: Militärhilfe. Da Süd-Korea kein Entwick-

lungsland mehr ist, sondern ein NIC mit einem BSP pro Kopf von weit über 2.000 US-Dollar, und Japan keine Militärhilfe vergibt, dürfte Süd-Korea keine japanische Entwicklungshilfe erhalten. Süd-Korea war aber zum Beispiel im Jahre 1981 die Nummer zwei auf Japans Liste der zehn größten Empfängerstaaten und erhielt fast 300 Mio. US-Dollar. Aus politischen und sicherheitspolitischen Gründen erhielt Süd-Korea in der vierten Phase mehr japanische Entwicklungshilfe als je zuvor.

Japan und China haben erst im Jahre 1972 ihre diplomatischen Beziehungen normalisiert. Sechs Jahre später, 1978, haben die beiden Staaten einen Friedensvertrag und ein langjähriges Handelsabkommen geschlossen.⁽²⁹⁾ Den ersten Antrag auf japanische Entwicklungshilfe hat China 1979 gestellt. Bereits drei Jahre später erhielt China den größten Anteil an Japans Entwicklungshilfe; und mittlerweile wurde Japan zum wichtigsten Handelspartner Chinas.⁽³⁰⁾ Für diese Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten waren viele Faktoren von Bedeutung, aber Japans Entwicklungshilfe an China hat dabei eine zentrale Rolle gespielt.

Japans Entwicklungspolitik: Aussichten und Probleme der achtziger Jahre

Japan hat im Jahre 1977 eine neue Entwicklungspolitik eingeleitet. Mit Hilfe von vier Verdoppelungsplänen wurde seitdem die japanische Entwicklungshilfe vervielfacht, die Qualität verbessert sowie die Anzahl der Empfängerländer wesentlich erweitert. Japan vergibt mittlerweile Entwicklungshilfe von mehr als acht Milliarden US-Dollar an 117 Entwicklungsländer und hat damit im Herbst 1988 die Vereinigten Staaten überundet und wurde zum größten Geberstaat von Entwicklungshilfe in der Welt. Ein besonderer Erfolg Japans und ein Paradebeispiel dafür, wie Entwicklungshilfe eingesetzt werden sollte, denn: Es ist keine 25 Jahre her, daß Japan selber noch Kredite von der Weltbank erhielt.

Japans Entwicklungspolitik kennt jedoch zahlreiche Probleme. Zwar wird Japan auch in den kommenden Jahren seine Entwicklungshilfe weiter erhöhen und qualitativ verbessern - ohne allerdings einen größeren BSP-Anteil für Entwicklungshilfe aufzuwenden als der DAC-Durchschnitt; Japans Stellung als größter Geberstaat wird jedoch geschwächt dadurch, daß das qualitative Element der neuen Entwicklungspolitik noch fehlt, daß Japan kein eigenes entwicklungspolitisches Konzept besitzt und daß die Instrumente und insbesondere die Institutionen der neuen Entwicklungs-

politik erst noch angepaßt werden müssen.

Paul KENNEDY hat in einem Buch, das vor allem in den Vereinigten Staaten eine lebhafte Diskussion auslöste, die Situation der USA mit "imperial overstretch" gekennzeichnet und sie mit der Situation Spaniens im 16. und jener Englands im 18. Jahrhundert verglichen; bei einem Ausblick auf das 21. Jahrhundert stellt er fest, daß Japan dann eine von fünf Großmächten sein wird.(31) Zur Zeit kann im Hinblick auf Japans Entwicklungshilfe von "imperial" nicht gesprochen werden und von einem japanischen "overstretch" kann keine Rede sein. Stattdessen ist Japan dabei, seine neue Entwicklungspolitik auch dafür einzusetzen, eine angemessene Rolle in der internationalen Politik zu übernehmen.

Anmerkungen

- (1) Der Beitrag entstand im Rahmen eines Forschungsprojektes über "Japans multilaterale Entwicklungspolitik", das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wurde.
- (2) Diese Einteilung in vier Phasen ist zum Teil übernommen von: Brooks, William L./Orr, Robert M., Jr.: Japans's Foreign Economic Assistance, in: Asian Survey, March 1985, p.322-340. Ein breiteres Konzept zur Einteilung der japanischen Entwicklungspolitik in Phasen bietet Hasegawa, der einen direkten Zusammenhang herstellt zwischen der industriellen Entfaltung Japans vom ausgehenden 19. Jahrhundert an bis zur heutigen japanischen Entwicklungspolitik. Siehe hierzu: Sukehiro Hasegawa: Japanese Foreign Aid. Policy and Practice. New York 1975.
- (3) Der politischen Führung Japans ging dieser Artikel 9 viel zu weit; ein gewisser amerikanischer Druck war deshalb notwendig. Der Kriegsverzichts-Artikel wurde wahrscheinlich auf Drängen von MacArthur, Supreme Commander of Allied Powers (SCAP), in die japanische Verfassung aufgenommen. Siehe hierzu: Drifte, Reinhard: Einige neue Gesichtspunkte zur Entstehungsgeschichte des Artikels 9 der Japanischen Verfassung, in: Bochumer Jahrbuch zur Ostasienforschung 1978, S.430-455.
- (4) Zur Frage der japanischen Reparationen siehe ausführlicher: Seifert, Hubertus: Die Reparationen Japans. Opladen 1971; und: Ginsburg, N.S./Osborn, James: Japan and Southeast Asia: The Geography of Interdependence, in: Kaplan, Morton A./Kinhide, Mushakoji

- (eds.): Japan, America and the Future World Order. Chicago 1976, p.245 ff.
- (5) Siehe hierzu: Caldwell, Alexander J.: The Evolution of Japanese Economic Cooperation, 1950-1970, in: Malmgren, Harald B. (ed.): Pacific Basin Development: The American Interests. Lexington, (Mass.) 1972, S.23-60, hier: S.34.
 - (6) Im gleichen Jahr erhielten auch Kenya, Tanzania und Nigeria Entwicklungshilfe von Japan.
 - (7) Laos und Kambodscha hatten auf Reparationen verzichtet. Mit beiden Staaten hatte Japan bereits 1958 bzw. 1959 Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit abgeschlossen; die tatsächlichen Auszahlungen an diese Länder waren jedoch sehr gering.
 - (8) Siehe hierzu: Reischauer, Edwin O.: The Japanese. Cambridge, (Mass.) 1981, S.353.
 - (9) Siehe ebenda, S.367.
 - (10) Siehe hierzu: Tsurumi, Yoshi: Japan, in: Vernon, Raymond (ed.): The Oil Crisis. New York 1976, S.113f.
 - (11) Zu den Zahlenangaben vgl.: Rix, Alan: Japan's Economic Aid. Policy Making and Politics. London 1980, S.33ff.
 - (12) Rix, Alan: ASEAN and Japan: More than Economics, in: Broinowski, Alison (ed.): Understanding ASEAN. London 1982, S.169-195, hier: S.187ff.
 - (13) Siehe hierzu: Ministry of International Trade and Industry (MITI): White paper on Economic Cooperation 1985. Tokyo 1986, insb. S.25ff.
 - (14) Siehe hierzu: The Fourth Medium-Term Target of Official Development Assistance (ODA), 14.Juni 1988 (Manuskript von der Japanischen Botschaft Bonn); siehe auch: Mehr Mittel Japans für die Entwicklungshilfe, in: NZZ vom 17.6.1988.
 - (15) Zum Vergleich: Im Jahre 1985 belief sich das BSP Thailands auf etwa 42 Mrd. US-Dollar.
 - (16) In absoluten Angaben waren die USA im Jahre 1987 mit einem ausgezahlten Betrag an Entwicklungshilfe von 8,8 Mrd. US-Dollar (0,20% des BSPs) die Nummer eins, gefolgt von Japan mit 7,5 Mrd. US-Dollar (0,31%), Frankreich mit 6,6 Mrd. US-Dollar (0,75%) und auf Platz vier die Bundesrepublik mit 4,4 Mrd. US-Dollar (0,39%). Siehe hierzu: Kein Glanzjahr der Entwicklungskooperation. Bestandsaufnahme der OECD für 1987, in: NZZ vom 24.6.1988. Dies

sind die aktuellen Zahlen; die Angaben für das Jahr 1988 werden erst Mitte 1989 feststehen.

- (17) Zu den Zahlenangaben siehe den jährlichen Bericht des Außenministeriums: Ministry of Foreign Affairs: Japan's ODA. Tokyo (verschiedene Jahre); sowie die jährlichen DAC-Berichte: DAC: Development Co-operation. Paris (verschiedene Jahre).
- (18) Auch hierzu siehe ebenda.
- (19) Vgl. hierzu die jährlichen Berichte zur ODA Japans: Ministry of Foreign Affairs: Japan's ODA. Tokyo, (verschiedene Jahre).
- (20) Dazu ausführlicher: May, Bernhard: Japans neue Rolle in der multilateralen Entwicklungspolitik, in: Europa-Archiv, 18/1988, S.525-532.
- (21) Siehe hierzu die jährlichen DAC-Berichte: OECD: Development Co-operation. Paris, (verschiedene Jahre).
- (22) Siehe ebenda.
- (23) Zu diesen Grundlagen siehe zum Beispiel: Ohlin, Goran: Foreign Aid Reconsidered. Paris 1966; und: Kepschull, Dietrich, et al.: Entwicklungspolitik. Opladen, 3.Aufl., 1976.
- (24) Siehe hierzu: Ministry of Foreign Affairs: Economic cooperation: present situation and prospects: the North-South problem and development assistance. Tokyo 1978.
- (25) Siehe hierzu: Ministry of Foreign Affairs: The rationale for economic cooperation: why give official developmental assistance? Tokyo 1981; siehe ebenso: Akao, Nobutoshi (ed.): Japan's Economic Security. Aldershot (Hampshire) 1983, S.262.
- (26) Vgl. hierzu: New aid policy is going to stress regions of strategic importance, in: The Japan Economic Journal, 17.03.1981.
- (27) Zur japanischen Gesellschaft siehe zum Beispiel: Pohl, Manfred (Hrsg.): Japan. Stuttgart 1986; und: Reischauer, Edwin O.: The Japanese. Cambridge (Mass.) 1981, insb. S.123-233: Society.
- (28) Mitglied der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN), die am 8. August 1967 gegründet wurde, sind sechs Staaten: Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand und Brunei, das erst 1984 Mitglied wurde.
- (29) Zum Friedensvertrag siehe ausführlich: Bedeski, Robert E.: The Fragile Entente. The 1978 Japan-China Peace Treaty in a Global Context. Boulder (Col.) 1983.
- (30) Siehe hierzu ausführlicher: Arnold, Walter: Japan and China, in: Ozaki, Robert S./Arnold, Walter (Hrsg.): Japan's Foreign Rela-

tions, a.a.O., S.102-116.

- (31) Kennedy, Paul: *The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*. New York 1987, zu Japan insbesondere S.458ff.

Summary

This paper attempts to describe and to analyze Japan's new foreign aid policy. Japan's foreign aid activities can be divided into four periods, roughly the fifties, the sixties and the seventies; in 1977, the Japanese government started a new foreign aid policy by deciding to double Japan's foreign aid within three years. In the 1980s, three more doubling plans followed. As a result, in fall of 1988 Japan became the biggest foreign aid donor in the world. The paper analyzes aims and motives of Japan's new foreign aid policy as well as country and regional distribution, instruments, and results. The findings show that Japan is going into the right direction accepting its international responsibilities as an economic superpower and playing a more important role concerning the problem of burden-sharing among the OECD-countries. The paper closes by identifying problems of the new foreign aid policy of Japan and by stating that Japan could and should do more.